

Stefan Hartmann auf dem 1. Landesparteitag am 14. und 15. Juli 2007 in Chemnitz

Chemnitz, 14. Juli 2007

Liebe Genossinnen und Genossen,

„Was * braucht * der Mensch?“ lautet die zentrale Frage der euch vorliegenden Gründungserklärung unseres Landesverbandes der LINKEN.

Als ich in der Vorbereitung meiner heutigen Rede eine Reihe von Texten durchsah, fiel mir das Feuilleton der vorletzten „Zeit“ in die Hand, auf dessen Titel die Frage prangte: „Was braucht der Mensch?“. Und noch mal stieß ich auf genau denselben Satz als Titel der Einleitung in einem schon etwas älteren Büchlein, „Was nützt mir Philosophie?“ aus dem Dietz-Verlag, 1984 erschienen.

Wenn sie denn von so vielen, so lange und länger noch schon gestellt ist, diese Frage, dann möchte man meinen, dass eine Antwort doch leicht zu finden sein müsse. Und: Das ist auch so. Es gibt da nur ein Problem. Es gibt nicht nur eine Antwort, sondern Unmengen davon. Gemeinsam ist ihnen nur eines: Sie geben Auskunft über den Standpunkt dessen, der antwortet, seine sozialen, kulturellen, historischen Hintergründe, die sein Bewusstsein prägen, seine Ideologie, seine Weltanschauung.

Und genau deshalb hat die einfache Frage: „Was braucht der Mensch?“ für eine Partei programmatischen Charakter.

Denn: all unser Tun und Lassen, unser Wirken und Streben hat ja nicht zum Ziel, einen starken oder schwachen Staat oder eine boomende Wirtschaft zu haben. All dies sind ganz eindeutig nur Mittel. Das Ziel, um das es uns geht, ist viel konkreter und fassbarer: Es ist ein Leben in Menschenwürde für alle Menschen. Und weil dies so ist, haben wir gegenüber den Parteien, die sich jetzt feiern, in Zeiten einer florierenden Wirtschaft und reichlich fließender Steuereinnahmen, ein Alleinstellungsmerkmal. Denn wir fragen: Wohin geht denn das „Mehr“ an Produziertem? Wie stark sind denn die Hartz-Regelsätze gestiegen nach der Mehrwertsteuererhöhung? Kann man von seiner Hände Arbeit anständig leben?

Und das sind doch die wirklichen Fragen. Z.B. des Hartz-IV Empfängers: Er schaut, was er sich mit dem, was er in der Tasche hat, leisten kann und das ist, von dem menschenunwürdig Wenigen noch 3 % weniger seit Januar. Z.B. der Friseurin oder des Wachmanns: die sehen, dass ihnen ein Mindestlohn und damit europäische Normalität verwehrt wird.

Neoliberale Plattitüden vom steigenden Wasserstand, der alle Schiffe hebt erweisen sich vor diesem Hintergrund als das, was sie sind: als Verhöhnung, als Verspottung, als Verschleierung!

Denn eines liegt für jeden, der sich mit diesen Fragen beschäftigt, auf der flachen Hand, so er lesen kann: Während seit 2001 die Arbeitnehmerentgelte insgesamt um ca. 2 % stiegen, wuchsen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen im selben Zeitraum um 36 %.

Oder in Geld ausgedrückt: von den 186 Milliarden Euro, um die das Volkseinkommen seit 2001 stieg, befinden sich 161 Milliarden im Bereich der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, also 86%.

In der Konsequenz führen die Konzepte der neoliberalen Ideologen also nicht zu einem vielleicht wenigstens bescheidenen Ansteigen des Lebensstandards derer, die nicht auf der Sonnenseite leben, sondern nur dazu, dass ihnen das Wasser bis zum Hals steht.

Damit sind wir beim nächsten Punkt, * bei einem der schändlichsten Themen in diesem reichen Land: beim Thema Armut. Zwischen 1997 und 2004 stieg die Armutsquote von 10,9 auf 12,7 %. Also, nicht mehr jeder Neunte, sondern jeder Achte gilt als arm. Außerdem, es ist fast nicht mehr überraschend, auch die Dimension der Armut wuchs. Besonders eindrucksvoll ist diese Entwicklung, die wohl gemerkt unter der Regierung von SPD und Grünen stattfand, im Bereich der Kinder und Jugendlichen.

Kinder- und Jugendarmut betreffen mittlerweile fast jedes siebente Kind, von den 20-30 Jährigen ist fast jeder Fünfte arm. Eine Schande in unserem immer reicher werdenden Land! Das – ist – der Fall. Alles andere ist Geschwafel, egal, wer schwafelt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

an dieser Stelle eine kleine Entschuldigung dafür, dass ich hier eine ganze Kolonne von Zahlen präsentiert habe. Das ist nicht besonders unterhaltsam, ich weiß.

Aber es ist zwingend notwendig, Politik an ihren Ergebnissen zu messen. Was ich hier grob umrissen habe, sind die Ergebnisse von mehr als einem Jahrzehnt Politik unter dem Leitbild der neoliberalen Ideologie. Ich weiß nun nicht genau, wie fern die Zukunft ist, auf die uns die Apologeten des Neoliberalismus verträsten wollen. Aber eines ist klar, ihre Glücksversprechen haben sich nicht erfüllt. Und aus der Sicht der Vielen können, nein müssen wir sagen: der Neoliberalismus ist am Ende, er ist eine weitere gescheiterte Ideologie, er gehört in die Archive der Historiker, vielleicht auch der Religionswissenschaftler.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte wieder zurückkommen auf die Kernfrage unserer Gründungserklärung „Was braucht der Mensch?“ Klar ist, dass die Hartz-Gesetze, die Rente mit 67, genauer: die Rentensenkung und vieles mehr darauf keine befriedigende Antwort geben. Vielleicht mag sich ja der eine oder andere wohl situierte Gelehrte, Politiker oder Journalist daran erfreuen, diejenigen, die es betrifft, geben eine andere Antwort.

Es ist nur etwas mehr als zwei Jahre her, dass die Antwort darauf, was sich die Experten und hochmögenden Honoratioren in der nach Peter Hartz benannten Kommission erdachten, auf den Straßen und Plätzen der gesamten Republik vernehmlich zu hören war. Diese Antwort war nicht besonders eloquent oder feingeistig, dafür aber umso besser verstehbar: Weg damit!

Wir, damals noch PDS, schlossen uns den Protesten an, organisierten und unterstützten sie, wo es notwendig und möglich war; wir boten unsere Erfahrungen an. Und trotzdem passierte etwas, was wir am Anfang doch eher distanziert beäugten: an verschiedenen Orten entstanden, getragen von Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft, die Kristallisationskerne der nachmaligen, heute inzwischen vormaligen, WASG.

Wir gewesenen Linksparteiler müssen so ehrlich sein und bekennen, dass wir nicht sofort die Freudenfeuer angezündet haben. Was waren denn das für Leute, warum kamen sie nicht zu uns, war das nicht eine sinnlose Zersplitterung? Uns von der PDS steckte noch die Niederlage von 2002 in den Knochen, die WASG, na ja, allein konnte sie auch 3-4 % wert sein, was sollte denn das werden?

Inzwischen ist eines feststellbar: Ausgehend von den massenweisen Protesten gegen den radikalen Sozialabbau entstand ein gesellschaftlicher Impuls, der die politische Landschaft noch tiefer verändern kann, als dies unser gemeinsames Wahlergebnis 2005 ausdrückt. * Ohne die Gründung der WASG wären die Voraussetzungen einer in ganz Deutschland relevanten LINKEN nicht gegeben gewesen. Zum ersten Mal in den vergangenen 18 Jahren können wir für die Vorstellungen von gesellschaftlicher Veränderung, die von der PDS immer angestrebt worden sind, glaubwürdig im ganzen Land werben. Eine starke LINKE. gibt es jetzt nicht mehr nur begrenzt auf den kleineren Teil der BRD, sondern im ganzen Land.

Um es klar zu sagen: * Sozialistische Politik kann ja ihrem Wesen nach keine regional begrenzte Politik sein, auch wenn ihre Ziele, Aufgaben und Konzepte unter anderem regional, also an den konkreten Problemen entlang definiert werden. * Festzuhalten bleibt: * Die Gründung der WASG war nicht nur Bestandteil des gesellschaftlichen Widerstandsimpulses am Ende des rot-grünen Intermezzos, sondern die reale Bedingung für die sich auch im politischen Raum widerspiegelnde Veränderung dieser Gesellschaft.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Gesellschaft zu verändern ist natürlich mehr, als Veränderungen, die man nicht wünscht, die man für falsch hält, zu verhindern. Die Politik unserer gemeinsamen neuen LINKEN kann sich, unter dieser Voraussetzung gesehen, nicht auf Widerstand gegen bestimmte Veränderungen reduzieren, auch wenn dieser von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Dies allein wäre konservative, also am Hergebrachten festhaltende Politik im einfachsten Sinne des Wortes.

Linke Politik setzt aber auf die bewusste Gestaltung der Gesellschaft, setzt darauf, den Menschen vom Getriebenen seiner Verhältnisse, zum Gestalter dieser einzusetzen. Das ist nicht neu. * Wenn z.B. Karl Marx in seiner Kritik an den kapitalistischen Verhältnissen dem Begriff der „Entfremdung“ eine Schlüsselrolle zuweist, dann meint dies das Problem der Fremdbestimmung, im Übrigen im allgemeinen nicht durch übel wollende Machthaber oder gierige Bourgeois, sondern die der kapitalistischen Produktionsweise innewohnenden Fremdbestimmung. Der Gegenbegriff dazu ist die Selbstbestimmung, die Autonomie, die nicht per Dekret oder Beschluss erreichbar ist, sondern die aus einem Prozess, der für gewöhnlich Emanzipation genannt wird, resultiert.

Linke Politik ist also, wenn wir dies mit Marx annehmen wollen, der Versuch der bewussten Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse zum Zwecke der Gewinnung von (mehr) Freiheit – und damit mehr als philosophische Interpretation. Auf Veränderung kommt es an! In diesem Sinne sind Freiheit und Sozialismus ein Paar Schuhe. Denn wir, die LINKE., wir stehen für die Freiheit des Einzelnen, und zwar aller „Einzelnen“. Mit weniger ist die Gerechtigkeit, die wir meinen, nicht zu haben. Mit weniger kann man auch zur FDP gehen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Zahl der Menschen, die sich in einer Partei engagieren ist von 1991 2,2 Millionen Menschen auf ca. 1,5 Millionen im Jahr 2005 gesunken¹, inzwischen sind es noch weniger geworden. Ein Drittel weniger Menschen als noch vor 15 Jahren sieht also eine Partei als geeigneten Ort für ihr politisches Engagement an. Eine dramatische Entwicklung. Gleichzeitig ist die Wahlbeteiligung tendenziell seit dem Anfang der 80-er Jahre deutlich, im zweistelligen Bereich, gesunken.

Wessen Problem ist das? Das der Bürgerinnen und Bürger, deren politisches Interesse ja keineswegs gesunken ist, sondern dass sich anderen Beteiligungsformen zuwendet oder ist es das der Parteien?

Der kontinuierliche und übergreifende Prozess der Schrumpfung aller Parteien ist nicht nur ein Problem der gesellschaftlichen Verwurzelung, sondern auch eines der Legitimation der demokratischen Institutionen. Denn die Parteien sind der „Filter“, der im Allgemeinen den Zugang zur gesellschaftlichen Leitung regelt. Die Legitimität dieses scheinbar selbstverständlichen Anspruchs der verschiedenen Parteien schwindet jedoch Stück für Stück.

Was bedeutet dies für uns, denn, bei allen Alleinstellungsmerkmalen, die wir gegenüber den anderen Parteien auf inhaltlichem Gebiet haben, eine Partei sind wir auch. Mit, bisher zumindest, denselben Problemen.

Wenn, aus der Vielzahl der Überzeugungen, Lebensvorstellungen usw., für eine Mitgliedschaft in unserer Partei zuerst diejenigen Menschen in Frage kommen, die selbst linken Ideen, Werten oder Lebensweisen nahe stehen, dann ergeben sich Konsequenzen dafür, welche politische Kultur, welche Methoden der Beteiligung wir bevorzugen sollten.

Peter Porsch bemerkte vor einiger Zeit einmal sinngemäß, dass die Linken meistens nicht über Unternehmen, Aktienstapel oder Geldsäcke verfügen würden, sondern vor allem über einen Kopf. Den sie in der Tendenz zum Denken benutzen und in der Folge auch zum Reden. Das heißt aber auch etwas anderes: meistens wollen sie keine Gefolgsleute, Erfüllungsgehilfen oder Unterlinge sein, die sich hochzuarbeiten haben. Sie wollen, dass das gute, das bessere Argument überzeugt und nicht Titel, Ränge oder Ämter. Und das ist ja auch das, was wir für die Gesellschaft bereits anstreben. Nichts Neues! Für unsere neue Partei ist es jedoch von enormer Bedeutung, wenn wir eine Mitgliederpartei sein wollen, dass wir die Ansätze der Beteiligung an den politischen Prozessen, die es bereits gibt, die Transparenz der Entscheidungsfindung, die Augenhöhe in der Debatte weiter ausbauen. Dann hätten wir bewiesen, dass wir eine lernende Partei sind, eine Partei, deren Mitglieder nicht in Selbstgenügsamkeit verharren, sondern mit wachem Blick und interessanten Ideen auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren.

Denn eines muss klar sein: Wir können noch so gute Mitgliederwerbekampagnen starten. Doch so notwendig diese auch sind: die politische Substanz unserer Partei selbst wird darüber entscheiden, ob die gewonnen Mitglieder bleiben oder sich schnell verflüchtigen. Wie es im Übrigen bisher war. (Einschub Karich)

Um es mal betriebswirtschaftlich auszudrücken: Wir haben ein Problem nicht mit der Vermarktung unseres Produktes, sondern, wie die anderen Parteien auch, mit der Qualität unseres Produktes.

Liebe Genossinnen und Genossen,
zum Abschluss meines Teils der Einbringung der Gründungserklärung möchte ich auf ein Thema eingehen, auf dem unser besonderes Augenmerk liegen sollte. Es ist die Frage der Glaubwürdigkeit. Das Parteien, das Politik überhaupt ein doch eher schlechtes Ansehen hat, ist eng damit verbunden, dass, häufig vor Wahlen, das Blaue vom Himmel versprochen wird, die Halbwertszeit dieser Versprechen aber mit der des Elements Radon zu vergleichen ist, welches nach 3,8 Tagen zerfällt.

Was Glaubwürdigkeit ist, ist im alltäglichen Leben leicht beschrieben: Sage, was du denkst und tue, was du sagst. Das ist ein einfacher Maßstab, zu einfach wird der eine oder andere sagen. Nun, seit einigen Jahren betreiben Parteien einen erheblichen Aufwand für die möglichst wählerwirksame Art, Aussagen zu treffen. Werbeagenturen werden bestellt, Sozialwissenschaftler analysieren Zielgruppen, Spin-Doktoren erstellen Strategien. Politik wird zu so etwas wie ein Waschmittel, eine Margarine oder ein Auto, der Wähler wird behandelt wie ein Kunde, dem es auf dem Markt der Meinungen etwas zu verkaufen gilt. Schon in dieser professionellen Perfektion liegt in Fragen der Glaubwürdigkeit ein erhebliches Problem. So, wie Autos gerne mit leicht bekleideten Frauen angepriesen werden, wird Politik mit den flottesten Sprüchen, den interessantesten give-aways beworben. Es geht nicht mehr um den Kern der Sache, sondern um Ästhetik, Form und Show. Der Wähler wird eher überredet als überzeugt, wird übertölpelt und nicht gewonnen.

Die Rechnung die ausgestellt wird ist hart, ich habe sie vorhin schon beschrieben. Wir aber haben genau jetzt eine großartige Möglichkeit. Unsere gemeinsame neue Partei DIE LINKE. versammelt auf sich die Aufmerksamkeit und die Hoffnungen so vieler von den anderen Parteien enttäuschter Menschen. Das hier welche sind, die das, was sie sagen, ernst meinen. Die sich daran messen lassen und sich selbst befragen. Die nicht, wie Oskar Lafontaine sagt, von sich annehmen, dass sie klüger sind als der normale Bürger, weil sie in einem Parlament sitzen. Die sich und ihre Partner ernst nehmen, die sich in ihren Stärken unterstützen und nicht an ihren Schwächen gesund stoßen.

Glaubwürdig, weil wir tun, was wir sagen, ehrlich, weil wir sagen, was wir denken – das ist das Einfache, was gar nicht so einfach zu machen ist.

Und doch lohnt es sich, dies zu versuchen, denn der LINKEN. kann die Zukunft gehören.

Danke für die Aufmerksamkeit.